

# Resolution

von  
**Bundeselternrat**  
und  
**Verband Bildung und Erziehung**

*Gemeinsam appellieren wir an die Mitglieder der Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD:*

Durch eine große Koalition von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene bietet sich die außerordentliche Chance, einen gesamtgesellschaftlichen Bildungsdialo g zu initiieren und zu führen, der Ziele und Inhalte von Bildung und Erziehung im Konsens zu klären sucht. Parteien übergreifend muss jetzt die Frage beantwortet werden, wer die Verantwortung für welche Aufgaben am sinnvollsten übernehmen kann: Bund, Länder oder Kommunen. Alle, die in unserem Land Verantwortung für Bildung tragen, müssen zusammenarbeiten. Wir brauchen nach PISA eine Reform unseres Bildungssystems.

Diese Bildungsdebatte muss als Zukunftsdebatte geführt werden. Bildung gilt zu Recht als Schlüsselressource für alle wichtigen Politikfelder. Staat und Gesellschaft leben durch gebildete, mündige Bürger. Innovationen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sind nur mit gut ausgebildeten, leistungsfähigen Menschen möglich. Deutschland kann auf keinen einzigen jungen Menschen, auf seine Kenntnisse, seine Ideen und seine Leistungsbereitschaft verzichten. Die Tatsache, dass nahezu fünfundzwanzig Prozent eines Jahrgangs als nicht ausbildungsfähig gelten, erfordert eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung.

Wir können es uns nicht länger leisten, Jugendliche so wenig qualifiziert aus den Schulen zu entlassen, dass sie auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt keine Chancen haben.

Die Bildungspolitik muss zum zentralen Punkt der Zukunftsgestaltung werden und darf weder der Finanzpolitik untergeordnet werden noch sachfremd als Bauernopfer in der Föderalismusfrage dienen oder der parteipolitischen Beliebigkeit anheim fallen.

...

An die Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD appellieren wir, im Koalitionsvertrag den Weg dafür frei zu machen, dass Bildung wirklich Vorfahrt bekommt. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung erwarten eine größere Beteiligung des Bundes auch in der Schulpolitik. Sie wünschen sich mehr Gemeinsamkeit und Transparenz und weniger Kleinstaaterei oder überbordende föderale Vielfalt. Eine Filetierung des Bundesbildungsministeriums erschwert die Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Bildung in Deutschland muss auf eine starke Kompetenz des Bundes in Bildungsfragen bauen können. Ansehen und Akzeptanz der zukünftigen Regierung sind auch davon abhängig, dass die Erwartungen an eine Reform des Bildungssystems nicht durch vorschnelle Festlegungen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen oder einer föderalen Neuordnung enttäuscht werden.

**Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über Bildung. Wir brauchen eine Reform unseres Bildungssystems. Wir brauchen eine Bündelung der Reformkräfte auf den unterschiedlichen Verantwortungsebenen.**

Berlin / Oranienburg, 31. Oktober 2005

Dr. Ludwig Eckinger  
Bundesvorsitzender  
Verband Bildung und Erziehung

Wilfried W. Steinert  
Vorsitzender  
Bundeselternrat